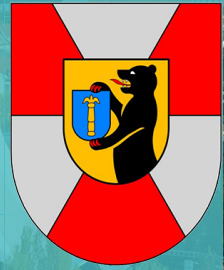


Wir in Mitte.

Ausgabe
Jan./Feb.
2024



Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

In dieser Ausgabe finden Sie u.a. folgende Themen:

- **Wiederholungswahl zum Deutschen Bundestag**
- **Interview mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Ottilie Klein, MdB**
- **Grüne planen den Wegfall von 14.400 Parkplätzen in Mitte**
- **Unhaltbare Zustände rund um die „Mühlenstube“**
- **Lösung für das Verkehrschaos am Hauptbahnhof in Sicht**
- **Mitte historisch - Wie die St. Hedwigs-kathedrale entstand**

Liebe Bürgerinnen und Bürger in Mitte,



Sven Rissmann, MdA

wir wünschen Ihnen und Ihren Familien ein **frohes und glückliches neues Jahr und alles Liebe und Gute für 2024.**

Wir wollen auch in diesem Jahr daran arbei-

ten, **unseren Bezirk und unser Berlin ein Stück weit „besser“ zu machen.** Erste Schritte konnte der CDU geführte Senat im Bereich der inneren Sicherheit gehen, was sich zuletzt positiv am Jahreswechsel ausgewirkt hat. Die vom **Regierenden Bürgermeister Kai Wegner (CDU)** klar vorgegebene Linie der „null Toleranz“ hat Dank der guten Arbeit unserer Polizei gefruchtet und die Silvesterkrawalle der Vorjahre unter „Rot-Grün-Rot“ haben sich so nicht wiederholt. Gerade im Bereich der Durchsetzung unseres Rechtssta-

tes werden wir auch in diesem Jahr einen Schwerpunkt setzen.

Am **11. Februar** werden einige von uns die Möglichkeit haben, durch die in Teilen in Berlin dann durchzuführende **Wiederholungswahl für den Deutschen Bundestag** der „Ampel“, also der schlechtesten Bundesregierung, die wir je hatten, die **rote Karte** zu zeigen. Dies können Sie am besten, sollte Ihr Stimmbezirk von der Wahlwiederholung betroffen sein, durch **zwei Kreuze bei der CDU**, worum ich herzlich bitten darf.

Uns ist es auch in diesem Jahr wichtig, für Sie **als Ansprechpartner zur Verfügung zu stehen.** Bitte sprechen Sie uns an, schreiben Sie uns eine Mail oder rufen Sie an. Wir sind für Sie da.

Alles Gute für das Jahr 2024 und viel Freude nun bei der Lektüre unserer neuen Ausgabe des „Wir in Mitte“!

Herzliche Grüße

Ihr

Sven Rissmann, MdA

-Kreisvorsitzender der CDU Mitte-

Impressum

Magazin der CDU für den Bezirk Mitte

V.i.S.d.P: Sebastian Pieper, stellv. Kreisvorsitzender

CDU Mitte, Triftstraße 41, 13353 Berlin

Email: kreisgeschaeftsstelle@odumitte.de

www.odumitte.de

<https://www.facebook.com/odumitte>

Vervielfältigungen und Veröffentlichungen sind nur mit ausdrücklicher Zustimmung der CDU Mitte gestattet.

Die abgedruckten Bilder unterliegen entweder einer CC-Lizenz

oder sind privat zur Verwendung freigegeben worden. Bild Seite 3: © Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

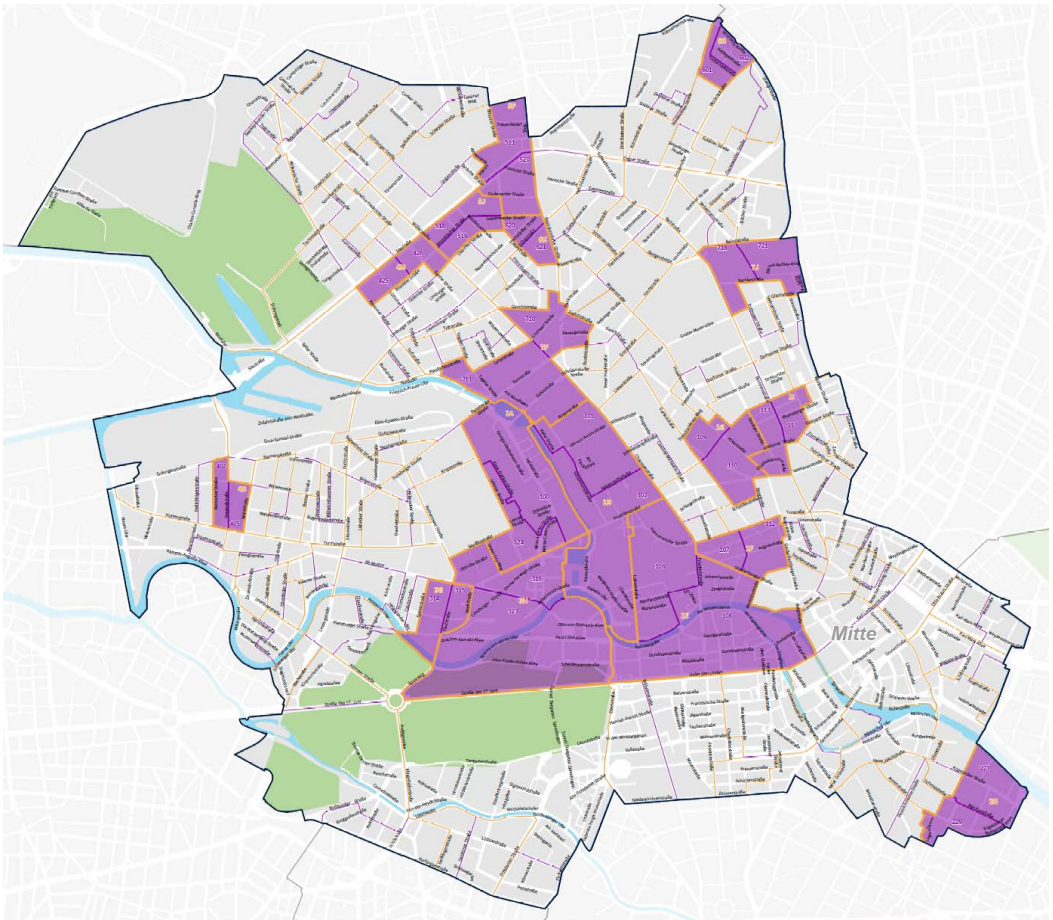
Autoren dieser Ausgabe: Sven Rissmann, Benjamin Fritz (BF), Sebastian Pieper (SP),

Olaf Lemke (OL), Hans Berg (HB), Daniela Fritz (DF)

Wiederholungswahl zum Deutschen Bundestag auch im Bezirk Mitte

Das Bundesverfassungsgericht hat am 19.12.2023 entschieden, dass die **Bundestagswahl in 455 von 2.256 Wahlbezirken des Landes Berlin** wiederholt werden muss. Hintergrund waren die erheblichen Wahlfehler, die durch organisatorische Mängel des damaligen Senats entstanden sind. Auch der **Bezirk Mitte** ist von der Wiederholungswahl am **11. Februar 2024** betroffen. Ob auch in

Ihrem Wahlbezirk erneut gewählt werden muss, können Sie anhand der unten stehenden Karte erkennen. Zwischen dem 3. und 21. Januar 2024 werden zudem die **Wahlbenachrichtigungen verschickt**. Sollten Sie danach immer noch keine Wahlbenachrichtigung erhalten haben, wenden Sie sich bitte an das Wahlamt des Bezirks. Auch können Sie jetzt schon die Briefwahl beantragen. (SP)



— Urnenwahlbezirke
— Briefwahlbezirke

— Urnenwahlbezirke in der Wiederholungswahl
— Briefwahlbezirke in der Wiederholungswahl

— Bundestagswahlkreis

Herausgeber:
Der Landeswahlleiter für Berlin

Bearbeitung:
Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Vervielfältigung und Verbreitung
bedürfen der vorherigen Zustimmung.

statistik Berlin Brandenburg

„Deutschland hat Besseres verdient.“

Interview mit der Bundestagsabgeordneten Dr. Ottilie Klein (CDU) zu den Herausforderungen der nächsten Zeit

Warum ist es wichtig, am 11.02. zur Wahl zu gehen?

Es ist wichtig, dass die Berlinerinnen und Berliner der Ampel zeigen, was sie von der Politik der Bundesregierung halten. Diese Bundesregierung streitet nur noch. Sie bringt kaum noch Gesetze ein. Sie ist sogar daran gescheitert, einen verfassungskonformen Haushalt einzubringen. Es ist kein Wunder, dass die Bundesregierung zu den unbeliebtesten der Geschichte gehört. Deutschland hat Besseres verdient.

Welche Verantwortung trägt dabei Olaf Scholz?

Das Versagen der Ampel ist auch das Versagen von Olaf Scholz. Er müsste die Republik durch die aktuellen Krisen führen. Er müsste seine Autorität nutzen, damit die Ampel mal Probleme löst, anstatt neue zu schaffen. Aber, statt die Regierung zu führen, duckt er sich immer weg, wenn es ernst wird. Inzwischen hält nur noch jeder Fünfte in Deutschland den Bundeskanzler für seine Aufgabe geeignet. Der Rest findet nicht nur seine Arbeit schlecht, sondern hält ihn für fehl am Platz.

Ampelpolitiker verweisen immer auf die verschiedenen nationalen und internationalen Krisen, um ihre Politik zu erklären. Haben Sie kein Verständnis dafür?

Die internationale Situation ist schwierig. Das darf aber nicht über eine Sache hinwegtäuschen: Ihre größten Krisen hat die Bundesregierung selbst zu verantworten. Denken Sie nur an die Haushaltskrise. Juristen, andere Fachexperten und auch wir als CDU haben immer wieder gesagt, dass die Buchungstricks rechtswidrig sind. Die Ampel wollte nicht auf die Kritik hören und tat überrascht, als das Bundesverfassungsgericht den Bundeshaushalt der Ampel kassierte.



Mit welcher Ignoranz die Ampel an den Bürgerinnen und Bürgern vorbei regiert, hat man auch beim Heizungsgesetz gesehen, das viele Menschen in unserem Land enorm belasten wird.

Bei welchem Thema sehen Sie Handlungsbedarf?

Das Thema der unkontrollierten Migration bewegt viele Menschen im Land. Kein Wunder, denn gerade an dieser Stelle zeigt die Ampelregierung viel zu wenig Engagement. Dabei ist das eine klare bundespolitische Aufgabe. Als CDU leitet uns hier der Gedanke der Humanität und Ordnung. Wir kommen unserer humanitären Verantwortung nach. Gleichzeitig ist es aber wichtig, irreguläre Migration zu begrenzen. Dafür gilt es, Rückführungsabkommen auszuhandeln und Zuwanderungsanreize zu reduzieren. Als CDU/CSU im Bundestag haben wir einen 26-Punkte-Plan vorgelegt und der Ampel unsere Zusammenarbeit angeboten. Bis heute hat sich die Ampel hier kaum bewegt.

Ein weiteres wichtiges Thema ist die Inflation. Gerade für Menschen mit niedrigem Einkommen sind die Preissteigerungen eine große Belastung. Ich habe kein Verständnis dafür, dass die Ampel als Konsequenz aus ihrem Haushaltschaos nun ausgerechnet Alleinerziehende und Geringverdiener zusätzlich belasten will. Es kann nicht sein, dass die Bürgerinnen und Bürger für die Versäumnisse der Ampel zahlen müssen.

Für was steht Ihrer Ansicht nach die CDU?

Die CDU verbindet seit ihrer Gründung die Freiheitsliebe mit der wirtschaftspolitischen Vernunft und der sozialen Verantwortung. Für mich ist das keine Floskel, sondern auch mein Anspruch als christdemokratische Politikerin. Wir wollen nah an der Lebensrealität der Menschen sein, ihnen zuhören und gemeinsam Lösungen für die Probleme unseres Landes und unserer Gesellschaft

suchen. Das ist mein Verständnis christdemokratischer Politik.

Wofür wollen Sie als Bundestagsabgeordnete eintreten?

In den vergangenen zweieinhalb Jahren war es mir sehr wichtig, für die Menschen in Mitte Ansprechpartnerin zu sein. Das heißt auch, dass ich sehr viel im Wahlkreis unterwegs war. In den vergangenen zwei Jahren habe ich fast 300 Initiativen, Vereine, Unternehmen und soziale Träger vor Ort besucht und mich mit ihnen über ihre Themen unterhalten. Viele Bürgerinnen und Bürger sind zu meinen Bürgerveranstaltungen und ins Wahlkreisbüro in die Bürgersprechstunden gekommen.

Als Arbeits- und Sozialpolitikerin befasse ich mich darüber hinaus intensiv mit sozialen Themen, die gerade für Mitte und ganz Berlin von großer Bedeutung ist. Kinderarmut ist in vielen Teilen Berlins ein großes Thema. Anstatt der wirkungslosen Kindergrundsicherung brauchen wir ein ganzheitliches Konzept, dass sich der Probleme wirklich annimmt. Dafür hat die CDU in Berlin und im Bund Ideen ausgearbeitet, für die ich mich gerne weiterhin im Bundestag einsetzen will.

Foto: Michael Bennett

Dr. Ottilie Klein ist seit 2021 Mitglied im Deutschen Bundestag für den Wahlkreis Mitte. Dort ist sie ordentliches Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Zudem gehört sie als stellvertretendes Mitglied dem Finanzausschuss an. Zudem ist sie seit September 2023 Generalsekretärin der CDU Berlin.

Die Weddinger „Mühlenstube“ und ihre Auswirkung

Große Sorgen bereitet vielen derzeit die Situation rund um die **Mühlenstube in der Weddinger Müllerstraße**. Bereits im Oktober des vergangenen Jahres hat **Sven Rissmann (CDU)**, **direkt gewählter Abgeordneter des Wahlkreises Mitte V, Schillerpark-Rehberge**, diesbezüglich eine Schriftliche Anfrage (Drucksache 19 / 17 117) an die Senatsverwaltung für Inneres gestellt. Doch die Antworten auf die gezielten Fragen zur aktuellen Situation rund um den Drogenkonsumraum nahe dem Volkspark Rehberge spiegeln leider in keiner Weise die Realität wider.

Anwohner und Gewerbetreibende werden unter anderem mit **Fäkalien und benutzten Spritzbestecken in ihren Hauseingängen und Treppenhäusern** konfrontiert. In den umliegenden Parks (Schillerpark und Rehberge) wird am helllichten Tag ungeeignet gedealt und Drogen konsumiert. Ein Zustand, der nicht nur unerträglich, sondern unhaltbar ist!

Wie **Sven Rissmann** berichtet, steht er bereits seit Längerem in regelmäßigem Austausch mit betroffenen Anwohnern bezüglich ihrer negativen Erfahrungen und der daraus resultierenden Ängste. „Es kann und darf nicht sein, dass Anrainer und Gewerbetreibende sich selbst überlassen

werden, wenn es um die Gefährdung ihres Lebensumfeldes geht. Hier hat vor allem auch der Bezirk die Aufgabe, seine Bürger zu schützen“, so **Rissmann**.

Doch der jüngst veröffentlichte **Evaluationsbericht des zuständigen Bezirksamtes in Mitte** macht ebenfalls deutlich, dass man die offenkundige Problematik bezüglich der

Mühlenstube zwar erkennt, wenn es aber um Maßnahmen zur Eindämmung der gravierenden Probleme geht, werden letztendlich nur die betroffenen Anwohner und Gewerbetreibenden in die Pflicht genommen. Bei Vermüllung und Verschmutzung durch Hinterlassenschaften wie benutztem

Spritzbesteck sind sie angehalten, die Mitarbeiter der Mühlenstube zu kontaktieren, die „Umfeldpflege“ würde sich dann entsprechend kümmern. Allerdings fehlt dafür oft das Personal.

„Es besteht **dringender Handlungsbedarf, damit in den Rehbergen wie auch im Schillerpark kein zweiter Görli entsteht**. Daher werde ich mich als direkt gewählter Wahlkreisabgeordneter in enger Zusammenarbeit mit der **CDU-Fraktion in der BVV Mitte** auch weiterhin dafür einsetzen, dass endlich konstruktiv und lösungsorientiert gehandelt wird!“, so **Rissmann** weiter. (DF)



Lösung für Verkehrschaos am Hauptbahnhof in Sicht

Der **Haltepunkt für Taxis am Europaplatz** soll auf Beschluss eines Antrags der **CDU** in der BVV Mitte **wieder eingerichtet werden**. Ebenso wurde beschlossen, dass der Bezirk und die zuständige Senatsverwaltung ein zukunftsorientiertes, pragmatisches Konzept entwickeln sollen, um die Funktionsfähigkeit der individuellen Mobilität von Berlinern und Gästen am Hauptbahnhof herzustellen. Die alleinige Abwicklung der Taxi An- und Abfahrten über den **Washingtonplatz** hat sich nicht bewährt.

Dauerbaustellen am Humboldthafen machen die Anfahrt bereits seit Jahren schwierig. Dort fehlt zudem die Anbindung zum **Tiergartentunnel**, so dass sie zunächst über den Tiergarten, das Regierungsviertel und die Straße des 17. Juni ausweichen müssen. Letztere ist zudem häufig aufgrund von **Großveranstaltungen** gesperrt, wie zuletzt durch die Silvesterfeier oder im kommenden



Sommer wegen der Fanmeile anlässlich der Fußball-Europameisterschaft. So entstehen chaotische Verhältnisse auf der Südseite des Hauptbahnhofs. **Am Europaplatz wird quasi zwangsläufig auf der Invalidenstraße "wild" gehalten**, was weitere

verkehrsgefährdende Situationen und Verzögerungen beim Busverkehr auslöst.

Durch die Wiedereinrichtung des ursprünglichen Halteplatzes am **Europaplatz** kann sich die Lage vor Ort zunächst be-

ruhigen und man gewinnt Zeit, um eine effiziente Verteilung von Verkehrern am Hauptbahnhof zu realisieren. Der Vorsitzende der **Berliner Taxiinnung, Leszek Nadolski**, zeigt sich im Fachmagazin der Taxi- und Mietwagenunternehmer, "taxi heute", auch zufrieden über den beschlossenen **CDU-Antrag**: "So können unsere Kunden wieder die Taxen nutzen, wenn sie am Hauptbahnhof angekommen sind." (OL)

Erika-Heß-Eisstadion darf wieder für den Vereinssport öffnen

Seit Ende November ist das **Erika-Heß-Eisstadion** wieder für den Vereinssport von Dienstag bis Sonntag geöffnet. Mitte des Jahres wurde das Eisstadion von der Senatsumweltverwaltung aus Sicherheitsgründen vorübergehend geschlossen. Seitdem wurde mit Hochdruck daran gearbei-

tet, die Auflagen zu erfüllen. Am 21.11.2023 erhielt der Bezirk das „Go“ vom TÜV, der die Betriebssicherheit bestätigte.

Das **Erika-Heß-Eisstadion** ist für den Eissport in Berlin die Hauptanlaufstelle. Hier finden die meisten Punktspiele sowie Trainingseinheiten statt. (BF)

Umstrittenes Kinderbuch “Rosi sucht Geld” nun Thema im Ausschuss für Jugendhilfe

Das Medienecho zum **umstrittenen Kinderbuch “Rosi sucht Geld”** war für den Bezirk Mitte, der dieses Buch auf seiner Internetseite zum Download angeboten hat, verheerend. **Mit dem Buch soll Kindern erklärt werden, wie ein Straßenstrich funktioniert.** Die Kritik, z.B. an den unangemessenen Illustrationen und dem beschönigenden Inhalt haben am Ende auch dazu geführt, dass der Link und Hinweise zu diesem “Ratgeber” bereits entfernt wurden. Die **CDU-Fraktion** hat in der BVV Mitte im Nachgang zu diesem Vorgang einen **Antrag eingebracht, der nun in der nächsten Sitzung des Jugendhilfe-**

ausschusses behandelt wird. In ihm wird u.a. gefordert, darzulegen, wie ein solcher “Ratgeber” offenbar ohne Kenntnis des Jugendamtes von Verantwortlichen des Bezirksamtes mit erarbeitet und über 10 Jahre zum Download angeboten werden konnte. Darüber hinaus soll das Bezirksamt erklären, **wieso ein Ratgeber zum Thema Prostitution, dass sich augenscheinlich an Kinder wandte, auf der Internetseite der Gleichstellungsbeauftragten zum Download angeboten wurde** und erneut das Jugendamt außen vor blieb. Die bisherigen Erklärungen dazu, so auch von der Gleichstellungsbeauftragten des Bezirks, konnten bisher wenig zur Aufklärung beitragen. (DF)

Drucksachen der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin VI. Wahlperiode		
Beschlussesempfehlung Aktueller Initiator: Fraktion der CDU Pieper, Fritz und die übrigen Mitglieder der Fraktion		
Unsprungsdrucksachentext: Antrag, Unsprungsinitiator: Fraktion der CDU Pieper, Fritz und die übrigen Mitglieder der Fraktion		Drucksachen-Nr.: 1099VI Ursprungs-Datum: 07.11.2023 Aktuelles Datum: 20.11.2023
Kinderbuch “Rosi sucht Geld”		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Sitzung
16.11.2023	BVV Mitte	BVV-M0021(VI)
20.11.2023	WGdJu Jugendhilfeausschuss	WGdJu0018(VI)
		Ergebnis überwiesen gegenständlich

Die Bezirksverordnetenversammlung möge beschließen:

Das Bezirksamt wird ersucht:

- Umgehend dafür zu sorgen, dass der Link zum sogenannten Kinderbuch “Rosi sucht Geld” nicht mehr erreichbar ist.
- Sollte es eine gedruckte Version geben, so ist jeder Vertrieb umgehend einzustellen.
- Dem Jugendhilfeausschuss sehr zeitnah darzulegen,
 - wie es über 10 Jahre lang ein derartiges “Kinderbuch”, durch das BA maßgeblich verantwortet, zum Teil zum Download gehen konnte.
 - wer für die Entscheidung und Prüfung der Inhalte verantwortlich war.
 - welche Gründe für dieses Buch verwendet wurden.
 - welche weiteren “Ratgeber” ähnlicher Art vom BA verfügbar gemacht wurden und z.Z. noch werden.
 - aus welchen Gründen die bezirkliche Gleichstellungsbeauftragte ein solches Buch auf der Internetseite des BA in ihrem Bereich der Gleichstellung zum Download bereitstellt hat.
 - welche Kenntnis das Jugendamt über dieses Buch hatte und wieso es nicht in Konzeption und Auswertung eingebunden wurde.

Neue Träger für die Begegnungsstätten Otawi-Treff, Grüntaler Treff und Haus Bottrop

Die **Begegnungsstätten Otawi-Treff (Otawistr. 46), Grüntaler Treff (Grüntaler Str. 21) und Haus Bottrop (Schönwalder Str. 4)** werden derzeit noch vom Verein Selbst-Hilfe im Vor-Ruhestand e.V. betrieben. Da die **Leiterin in den Ruhestand** geht, haben verschiedene Träger ihre Konzepte eingereicht, sodass in einem transparenten Verfahren unter Berücksichtigung sozialer, innovativer, qualitativer und wirtschaftlicher Aspekte jeweils **ein neuer Träger für jede Einrichtung ausgewählt** werden konnte, teilte das Bezirksamt in einer Presseerklärung mit. Den **Otawi-Treff** übernimmt künftig der Träger **„Die Wille“**, der **Grüntaler Treff** wird von dem Träger **„Karuna“** betrieben und die Angebote im **Haus Bottrop** werden von der **Arbeiterwohlfahrt** weitergeführt. „Ich freue mich sehr, dass die über vie-

le Jahre etablierten Angebote an den drei Standorten erhalten bleiben und unseren Seniorinnen und Senioren damit auch weiterhin die Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft und Gesellschaft ermöglicht wird“, so **Sozialstadtrat Carsten Spallek (CDU)**. „*Danken möchte ich nicht nur den neuen Trägern für die Übernahme, sondern insbesondere auch der bisherigen Leiterin der drei Begegnungsstätten für ihr jahrelanges Engagement. Ich wünsche ihr alles Gute für ihren wohlverdienten Ruhestand*“, so **Spallek** abschließend. Nach erfolgter Auswahl und Beauftragung der neuen Träger wurde bekannt, dass **Bürgermeisterin Stefanie Remlinger (B90/Grüne)** eine **bezirkliche Haushaltssperre** ab dem 01.01.2024 verfügt hat. Welchen Einfluss dies ggf. auf die Seniorenarbeit hat, bleibt abzuwarten. (SP)

Lösung für das Schulgebäude in der Guinestraße im Wedding gefunden

Für das **Gebäude der Anna-Lindh-Schule in der Guineastraße 17-18** konnte endlich eine zukunftsfähige Lösung gefunden werden. In Abstimmung zwischen der **Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie und dem Bezirksamt Mitte** wurde nach jahrelanger Lösungsfindung darauf verständigt, dass das **bestehende Schulgebäude denkmalgerecht saniert werden** soll sowie ein Neubau mit Sporthalle errichtet werden soll. In die Lösungsfindung der vergangenen Wochen waren **auch aktiv die jeweiligen Wahlkreisabgeordneten einbezogen**. Mit dieser Lösung wird sowohl dem dringenden Bedarf an zusätzlichen

Schulplätzen im Bezirk Mitte als auch den Belangen des Denkmalschutzes entsprochen. Das Gebäude der Anna-Lindh-Schule (ehemals Rehberge-Grundschule und Goethepark-Grundschule) **steht seit 1995 unter Denkmalschutz**. Die gefundene Lösung erweitert vor allem die benötigten Schulplatzkapazität im Bezirk. Die Anna-Lindh-Schule ist damit



für die notwendigen Baumaßnahmen bereits leergezogen und wird nach Fertigstellung einer neuen Schulgemeinschaft zur Verfügung stehen. Es ist vorgesehen, den neuen Standort in der Guineastraße dann als **Gemeinschaftsschule** zu nutzen. (BF)

Am Heiligen Abend nicht allein sein, das war unser Motto!

Am **Heiligen Abend** kommen viele Leute mit ihren Familien oder engen Freunden zusammen. Doch nicht alle Menschen haben noch eine Familie und gerade das wird ihnen zu Weihnachten bewusst. Die Bürgerdeputierte **Christiane Holm (CDU)** hatte daher die Idee, diesen Menschen einen Anlaufpunkt zu bieten und hat daher, gemeinsam mit dem **Betreiber des Restaurants „Neumanns“, Barjinder Sodhi**, am Heiligen Abend eingeladen, um diesen gemeinsam zu begehen. Das **Angebot des Weihnachtssessens** haben 10 Menschen angenommen und alle wollten für das nächste Jahr Werbung machen, damit der Kreis für den **24.12.2024** noch größer wird. (SP)



Die Situation am Leopoldplatz ist und bleibt eines der Hauptthemen in der Bezirkspolitik

„Unser Wedding – Sicher für alle!“ - so sind aktuell **Hauswurfsendungen der SPD überschrieben**, die rund um den **Leopoldplatz** verteilt wurden. Das ist einigermaßen erstaunlich, denn die **SPD hat in den vergangenen Jahren in der BVV Mitte jegliche Bemühungen für mehr Sicherheit der Anwohner und Gewerbetreibenden torpediert**. So hat die **CDU-Fraktion Mitte** wiederholt auf die negativen Auswirkungen von Drogenkonsum und des Ausbaus der „Infrastruktur“ mit Konsumräumen usw. hingewiesen. Darüber hinaus hat sie

beispielsweise mehr und sichtbare **Polizeipräsenz**, ein **Alkoholverbot** und die Einhaltung von **Platzregeln** gefordert.

Die SPD hat diese Vorschläge allesamt vehement abgelehnt. Die stellv. Vorsitzende der CDU-Fraktion Mitte, **Daniela Fritz (CDU)** dazu: „Das plötzlich aufkeimende Interesse der SPD auf Landesebene für die indiskutable Situation auf dem Leopoldplatz ist mehr als überfällig. Es ist hoffentlich mehr als bloßes Mittel zur Selbstdarstellung. Es bleibt zu hoffen, dass nun auch die SPD-Fraktion in der BVV Mitte ihre Blockadehaltung endlich beendet.“ (OL/DF)



Ein „neuer Eiffelturm“ für den Wedding

Einzig das Fundament des „**Weddinger Eiffelturms**“ am Centre Français de Berlin ist seit April in der Müllerstraße noch zu sehen. Mit einer **Crowdfunding-Kampagne** wird versucht, die nötigen Kosten für den Wiederaufbau zusammenzutragen. Alles weitere dafür finden Sie auf **www.betterplace.org**. Die Weddinger wünschen sich ihren „Eiffelturm“ jedenfalls zurück. (DF)



Grüne Gullys führen zur Schwammstadt? 14.400 Parkplätze sollen verschwinden!

Heiße Sommer, **längere Trockenperioden, Starkregenereignisse** – die Auswirkungen der globalen Erwärmung, des Klimawandels sind auch in Berlin für jedermann spürbar. Von daher sind Überlegungen grundsätzlich nötig und geboten, wie man auf diese Entwicklung reagieren kann. **Anpassung der Vegetation, mehr Schattenräume für Menschen in der Stadt sowie die mögliche Begrünung von Gebäuden** sind Maßnahmen, die die Lebensqualität in Mitte verbessern können.

Dazu gehört auch die **Entsiegelung von Boden**, die oft mit dem Begriff der

„**Schwammstadt**“ verbunden wird. Ziel ist dabei, den Boden möglichst weitgehend zu entsiegeln und so Wasser die Möglichkeit zu geben, im Boden zu versickern, auch und gerade wenn es plötzlich und in großen Mengen vorkommt, wie z.B. bei **Starkregen**. Damit wird verhindert, dass es zu Überschwemmungen kommt und verunreinigtes Wasser in Berlins Wasserwege, wie z.B. die Spree oder aber in die Kanalisation gelangt, ohne den Boden zu durchfeuchten und ins Grundwasser zu gelangen.

Allerdings muss auch das ausgewogen und unter Berücksichtigung der

verschiedenen Interessen erfolgen. Dazu ist die **grüne Verkehrsstadträtin, Dr. Almut Neumann** aber erneut offenbar nicht in der Lage. Sie plant im Bezirk Mitte dazu, an **7.200 Gullys im Nebenstraßennetz je zwei PKW-Parkplätze zu entwiden** und den

Boden zu entsiegeln. So sollen zusätzliche Sickerflächen entstehen. Daran entzündet sich deutliche Kritik. Wenn durch den **Wegfall von 14.400 Parkplätzen (entspricht 19% aller Parkplätze im Bezirk Mitte) in Wohnstraßen** der Parkdruck weiter massiv erhöht wird, ist das ein **beispielloser Angriff**



auf Autofahrer. Der **Vorsitzende der CDU-Fraktion, Sebastian Pieper**, sagt dazu „Nicht alles, was theoretisch möglich ist, lässt sich bei einer **bürgernahen Politik** auch umsetzen. Wo sollen die Leute mit ihren Autos denn hin? Hier setzt **Frau Neumann** ihren ideologischen Kampf gegen das Auto fort. Es wurde bislang nicht erklärt, wie die massiven Kosten für die Umbaumaßnahmen finanziert werden sollen. Der Bezirk Mitte darf nicht weiter der Platz für **grüne Experimente** sein.“ Das Thema wird auch weiterhin für Diskussionen sorgen. (OL/SP)

Wie die St. Hedwigskathedrale entstand

Einmal war **Friedrich der Große** in seinen jüngeren Jahren sehr misstrauisch ins Berliner Schloss (das uns nach der Zerstörung durch die SED-Diktatur 1950 als „Humboldtforum“ nun wieder erstanden ist) gekommen.

Er hatte eines Morgens einen eiligen Gang durch die Burgstraße vorgehabt.

Aber auf halbem Wege war ein **wütender Bulle entgegengesprungen**, den das Rot auf seiner Uniform wild gemacht hatte. Dem König war nichts weiter übriggeblieben, als der gefährlichen Übermacht zu weichen.

Da sprang der verfolgte König auf eine **Steintreppe vor dem Haus Nr. 15 und wartete dort zornig ab**, bis er aus seiner unfreiwilligen Gefangenschaft erlöst war und der Bulle vorbeirannte.

Als er dann ins Schloss zurückgekehrt war, erwartete ihn dort bereits eine **Abordnung katholischer Bürger, die in Berlin gerne ein große Kirche zu haben wünschten**, was ihnen der König versprochen hatte.

Der König nahm erst sein Frühstück ein. Darauf traten die Männer ein. Er hörte sie still an, und versprach die Gewährung ihres

Wunsches. Sie wollten indes auch wissen, wie die Kirche wohl aussehen würde. „So soll sie aussehen!“ sagte Friedrich und kehrte **seine gerade geleerte Kaffeetasse** dabei um. Mit dieser Botschaft kehrte die Ab-

ordnung heim und der **Baumeister** führte tatsächlich die Kirche so aus, wie es der König angeordnet hatte.

Doch dies ist in Wirklichkeit nur eine volkstümliche und beliebte Sage.

Die Wirklichkeit war, dass Friedrich der Große den aus der **Antike stammenden Rundbau des Pantheon in Rom** sehr schätzte und viele Bauten in Berlin und Potsdam das Pantheon zum Vorbild hatten (z. B. Mitteltrakt von Schloss Sanssouci, Freundschafts- und Antikentempel, das Belvedere,

Kuppeln der Communs in Potsdam und die Kuppeln am Gendarmenmarkt in Berlin etc.), so auch unsere **St. Hedwigskathedrale** (die die erste Katholische Kirche Berlins seit der Reformation war und am Allenheiligentag, den 1. November 1773, nach langer, von Unterbrechungen begleiteter Bauzeit, geweiht wurde) und auch deren „kleiner Ableger“ die Französische Kirche in Potsdam. (HB)



Hedwigskathedrale, Aufriss vom Opernplatz. Stich von Jean-Laurant Legeay nach einer Zeichnung von Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff, 1747.